

Monika Kühn

Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2006 aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Berlin, der Stadtstaat, und Brandenburg, das Flächenland, blicken heute auf eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung seit der Vereinigung in Deutschland zurück. Sie starteten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen

Berlin und Brandenburg erlebten nach dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland zunächst einen rasanten Aufstieg, nachdem mit der Grenzöffnung 1989 die Wirtschaft in der DDR zusammengebrochen war. Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg waren aber unterschiedlichen historisch geprägten Bedingungen und Voraussetzungen ausgesetzt. Berlin – überwiegend geprägt vom ehemaligen Berlin-West – profitierte anfänglich vom neuen Nachfrageboom aus dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Berlin-Ost sowie dem ostdeutschen Umland. In Brandenburg erreichte das Wirtschaftswachstum, ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ein noch größeres Ausmaß als in Berlin.

und Bedingungen und mit sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen in das vereinte Deutschland.

Die Berliner Wirtschaft nach der Wende war im größeren Westteil der Stadt zunächst von der Entwicklung im früheren Bundesgebiet geprägt und im kleineren Ostteil von den Bedingungen der ehemaligen DDR, deren Hauptstadt er bildete. Berlin war von der Teilung, wie auch von der Vereinigung Deutschlands, wie keine andere Stadt betroffen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Brandenburg – seit 3. Oktober 1990 ein neues Bundesland – waren völlig den neuen Verhältnissen anzupassen. Das Ausgangsniveau war nach den wendebedingten Einbrüchen sehr gering, umso höher das Wachstumspotenzial, so dass z.T. sehr große Entwicklungsunterschiede im Vergleich zu Berlin zutage traten. Dabei hatten Brandenburg und Berlin-Ost seit der Öffnung der Grenzen 1989 bereits Einbrüche ihrer Wirtschaft drastischen Ausmaßes erlebt. Vor diesem Hintergrund relativiert sich das hohe Wachstum nach

dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland. Vergleicht man die Entwicklung von Berlin und Brandenburg mit Durchschnittsgrößen in Deutschland bzw. den Gebieten der alten und neuen Bundesländer, so werden die großen Unterschiede sichtbar. Entsprechend des Übergewichts des Westteils in Berlin war der Entwicklungsverlauf von Berlin bis Mitte der neunziger Jahre ähnlich dem im früheren Bundesgebiet, mehr oder weniger modifiziert durch den Einfluss des Ostens der Stadt. Anschließend koppelte sie sich aber durch den wirtschaftlichen Abstieg davon ab. Dagegen verlief die Entwicklung der Wirtschaft in Brandenburg eher wie im Beitrittsgebiet insgesamt.

Ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und Brandenburg seit 1991

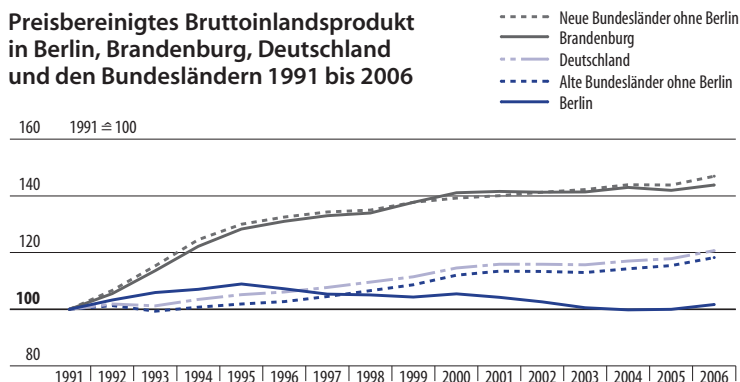
Der anfängliche Wachstumsboom in Berlin nach der Wende war von relativ kurzer Dauer, denn er ging auf einmalige vereinigungsbedingte Effekte aus der zusätzlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus Berlin-West durch den umgebenden Osten zurück. Auch der Aufholprozess von Berlin-Ost gegenüber dem Westen lief nach ein paar Jahren aus. Es folgte eine lange Schwächephase der Berliner Wirtschaft. Ein umfassender Strukturwandel, begleitet von konjunkturell bedingten Krisen, bestimmte die wirtschaftliche Lage. In der Folge sank das Wirtschaftswachstum seit Mitte der neunziger Jahre bis 2004; unterbrochen nur im Jahr 2000. Erst 2005 kam dieser Trend zum Erliegen und 2006 gab es erstmals wieder einen Anstieg.

Die Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg wurde geprägt durch eine anfangs rasant fortschreitende Anpassung an die Wirtschaft des früheren Bundesgebiets, blieb aber auch bis in die Gegenwart von den

bundesweiten konjunkturellen Schwankungen nicht unberührt. Das hohe zweistellige Wachstumstempo verlangsamte sich nach und nach bis auf nur noch 1 Prozent im Jahr 1998 und kam nach einem kurzen Aufschwung um die Jahrtausendwende ganz zum Erliegen. Erst seit 2003 ist wieder eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, allerdings mit Unterbrechung im Jahr 2005.

Der umfassendste Indikator für die Wirtschaftsleistung – das Bruttoinlandsprodukt – liegt heute in

Abb. 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006



Berlin preisbereinigt kaum höher (+1,7 Prozent) als 1991. Dagegen ist das Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg von 1991 bis 2006 um rund 44 Prozent gestiegen und damit gering weniger wie in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). Bundesweit machte die Zunahme rund ein Fünftel aus (Abbildung 1).

Im Ergebnis der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1991 ist der Beitrag Berlins zur gesamten Wirtschaftsleistung in Deutschland von 4,1 Prozent im Ausgangsjahr 1991 auf heute 3,5 Prozent gesunken, in Brandenburg dagegen von 1,3 Prozent auf 2,1 Prozent gestiegen. Damit entfallen vom deutschen Bruttoinlandsprodukt 5,6 Prozent auf die gesamte Region Berlin-Brandenburg. Das entspricht einer Wirtschaftsleistung von 80,6 Milliarden EUR in Berlin und 49,5 Milliarden EUR in Brandenburg.

Seit der Wende haben sich nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarländern herausgebildet, teilweise auch durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gefördert. Vor allem in den Umbruchzeiten der neunziger Jahre bedeutete die zentrale geografische Lage des Stadtstaates Berlin inmitten des Landes Brandenburg eine große Entlastung für den brandenburgischen Arbeitsmarkt. Andererseits profitierte die Berliner Wirtschaft von der zusätzlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen insbesondere aus dem Umland.

Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungen auf die Beschäftigungslage

Die Anpassungsprozesse nach der Vereinigung bedeuteten für die brandenburgische Wirtschaft mehr noch als für den Ostteil Berlins große Arbeitsplatzverluste. Die Neuorientierung der Wirtschaft im Westteil Berlins war durch Erfordernisse der Wettbewerbsfähigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung von lang anhaltenden Einbrüchen auf dem Arbeitsmarkt begleitet. Die nach einem kurzen Aufschwung um die Jahrtausendwende deutschlandweit einsetzende Rezession hinterließ in der brandenburgischen Wirtschaft tiefere Einschnitte als in Berlin. Ab dem Jahr 2004 hat sich die Beschäftigungssituation wieder verbessert und in Berlin stärker Fuß gefasst, während sie in Brandenburg noch unausgeglichen verlief.

Beeinflusst wurde die Beschäftigung von Anfang an durch einen starken Zustrom von Brandenburgern auf den Berliner Arbeitsmarkt, dessen Umfang sich bis heute ständig erweiterte. Der Gegenstrom der Berliner zu einem Arbeitsplatz in Brandenburg war zwar wesentlich geringer, aber auch von hoher Dynamik.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen, die aus Brandenburg zur Arbeit nach Berlin pendeln, erhöhte sich von 104 142 Personen im Jahr 1996 um 55 702 Personen (+53,5 Prozent) auf 159 844 Personen 2006. In der Gegenrichtung waren 2006 immerhin 61 325 Berliner unterwegs, 13 521 Personen bzw. ein Viertel mehr als im Jahr 1996 (47 804 Personen). Für die Berliner und brandenburgischen Auspendler bildete damit das jeweilige Nachbarland das Hauptziel. In Berlin machten 2006 die Einpendler aus Brandenburg

15,6 Prozent aller hier gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. 1996 waren es nur 8,6 Prozent. In Brandenburg stieg der Anteil der Berliner Einpendler von 5,4 Prozent im Jahr 1996 auf 8,7 Prozent 2006. Der unterm Strich langfristig negative Pendlersaldo Brandenburgs zeigt, dass der Berliner Arbeitsmarkt dauerhaft Arbeitsplätze für brandenburgische Erwerbstätige zur Verfügung gestellt hat.

Langfristig – im Zeitraum von 1991 bis 2003 – musste Berlin Arbeitsplatzverluste für insgesamt 147 000 Erwerbstätige hinnehmen (-8,8 Prozent). Damit war Berlin als ein Teil des Beitrittsgebietes und des früheren Bundesgebietes zwar nicht so stark betroffen wie das Land Brandenburg mit einem Erwerbstätigenrückgang um 181 200 Personen bzw. 15,2 Prozent, aber weit entfernt von der in den alten Bundesländern erzielten Expansion um 4,6 Prozent. Durch die Verluste im Osten und die Zugänge im Westen blieb in Deutschland insgesamt das Erwerbstätigeniveau fast unverändert (+0,3 Prozent).

Nach dem Jahr 2000 verschlechterten sich unter den Bedingungen einer tief greifenden Rezession insbesondere die Erwerbsbedingungen für Vollzeitbeschäftigte mit Sozialversicherungspflicht. Erst durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und die Einführung neuer Gesetze (Hartz-Gesetze) zur Förderung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in Form von Mini-Jobs, Ich-AGs und Zusatzjobs ab 2004/2005 wurde den Auswirkungen entgegengewirkt und eine Entlastung geschaffen. In Berlin ergab sich deshalb bereits in den Jahren 2004 (+0,9 Prozent) und 2005 (+0,3 Prozent) eine leichte Beschäftigungszunahme, die sich günstiger als in Deutschland insgesamt (2004: +0,4 Prozent; 2005: -0,1 Prozent) darstellte. Brandenburg erreichte 2004 einen Zuwachs um 0,5 Prozent, 2005 fiel die Erwerbstätigenzahl jedoch wieder zurück (-0,8 Prozent).

Die im Jahr 2006 deutschlandweit eingetretene konjunkturelle Aufwärtsbewegung der Wirtschaft bewirkte in Berlin und Brandenburg einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl. Dieser gründete sich sowohl auf die wieder gestiegene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als auch auf die Fortsetzung von staatlichen Beschäftigungsfördermaßnahmen, wenn auch in geringerem Umfang. In Berlin fiel der Anstieg mit 24 700 mehr erwerbstätigen Personen (+1,6 Prozent) deutlicher aus als in Brandenburg mit 6 000 Personen (+0,6 Prozent). Gingen 2006 in Berlin immer noch positive Wirkungen auf die Beschäftigung hauptsächlich vom Einsatz von Personen in Zusatz-

Abb. 2

Erwerbstätige in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006

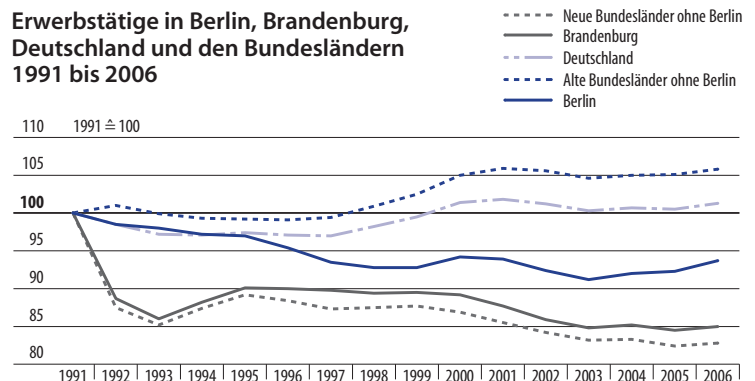
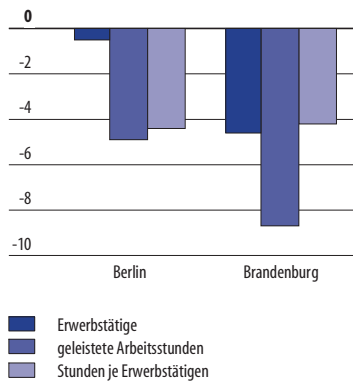


Abb. 3 Veränderung der Erwerbstätigen und ihres Arbeitsvolumens in Berlin und Brandenburg im Jahr 2006 gegenüber 2000



jobs aus, die den Schwerpunkt der Fördermaßnahmen ausmachen, so war in Brandenburg diese Beschäftigungsgruppe rückläufig (Abbildung 2).

Wandel der Struktur der Erwerbsverhältnisse

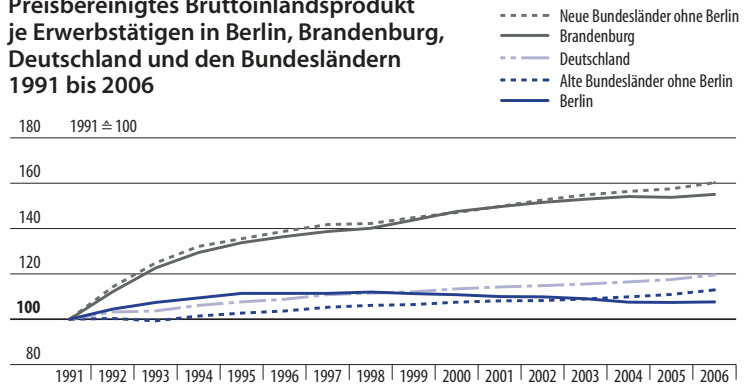
Am Arbeitsmarkt vollzog sich ein mittelfristiger Wandel in der Struktur der Erwerbsverhältnisse. Während Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer drastisch schrumpften, entwickelten sich zusätzliche selbstständige Erwerbsverhältnisse. Von 1991 bis 2005 sank in Berlin die Zahl aller abhängigen Beschäftigten um 222 600 Personen (-14,3 Prozent) und in Brandenburg um 249 000 Personen (-21,9 Prozent). Dagegen nahm die Personengruppe, die selbstständig eine Erwerbstätigkeit ausübte oder als Familienangehörige mithalf, in Berlin um über drei Viertel (93 100 Personen bzw. 76,7 Prozent) zu. In Brandenburg hat sie sich mehr als verdoppelt (64 600 Personen bzw. 110,9 Prozent).

In der Folge dieser Entwicklung betrug 2005 die Arbeitnehmerquote (Arbeitnehmeranteil an allen Erwerbstätigen) in Berlin nur noch 86,1 Prozent und in Brandenburg 87,8 Prozent. Im Jahr 1991 waren es jeweils 92,7 Prozent bzw. 95,1 Prozent. Im Gegenzug erreichten die Selbstständigen in Berlin nunmehr ein Gewicht von 13,9 Prozent, in Brandenburg von 12,2 Prozent gegenüber 7,3 Prozent und 4,9 Prozent im Jahr 1991. Es handelte sich allerdings vielfach auch um geringfügige selbstständige Existenzformen, die durch staatliche Fördermaßnahmen zustande kamen (Ich-AG).

Erwerbstätige leisten immer weniger Arbeitsstunden

Nach dem Jahr 2000 entwickelten sich zunehmend heterogenere Beschäftigungsverhältnisse in Form von mehr Teilzeitarbeit, Leiharbeit, geringfügigen Beschäftigungen und Ich-AGs. Die zuvor noch vorherrschenden klassischen dauerhaften, voll zeitigen und voll sozialversicherten bzw. vollwertig selbstständigen Erwerbsformen wurden mehr und mehr eingeschränkt. Dies hatte auch Auswirkungen auf den zeitlichen Umfang der Erwerbsbeteiligung. In der Veränderung des Arbeitsvolumens, der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, schlugen sich alle Einflüsse auf das Ausmaß des Ein-

Abb. 4 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006



satzes der Arbeit nieder. Das waren insbesondere zunehmend differenzierte tarifliche Arbeitszeitregelungen, Mehrarbeit und Teilzeit- sowie geringfügige Beschäftigungen, aber auch krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle.

In der Berliner und brandenburgischen Wirtschaft verringerte sich das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen im Zeitraum von 2000 bis 2005 jährlich. Erst mit der Zunahme der Beschäftigung durch die konjunkturelle Belebung im Jahr 2006 weitete sich das Arbeitszeitvolumen wieder aus. Im gleichen Zeitraum verringerte sich das Arbeitsvolumen in Berlin um 6,3 Prozent und stieg 2006 um 1,5 Prozent an. In Brandenburg betrug der Rückgang im vergleichbaren Zeitraum 9,1 Prozent und der Zuwachs im Jahr 2006 0,5 Prozent (Abbildung 3).

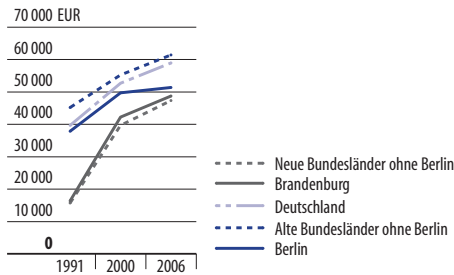
Im Jahr 2006 leisteten in Berlin 1 568 300 erwerbstätige Personen zusammen eine Arbeitszeit von 2 347,2 Millionen Stunden, im Durchschnitt je Erwerbstätigen also 1 497 Stunden. Das sind 69 Stunden oder 4,4 Prozent weniger als im Jahr 2000. In Brandenburg fiel die Absenkung mit 67 Stunden bzw. 4,2 Prozent ähnlich stark aus. Bundesweit betrug die Arbeitszeitverringering nur 37 Stunden (-2,5 Prozent), in den alten Ländern 31 Stunden (-2,1 Prozent) und in den neuen Ländern jeweils ohne Berlin 59 Stunden (-3,8 Prozent) weniger. Trotz der stärkeren Abnahme in den neuen Ländern war hier die Arbeitszeit auch 2006 (1 507 Stunden) noch deutlich länger, nämlich um 87 Stunden, als in den alten Bundesländern (1 420 Stunden). Im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland (1 436 Stunden) wurden 2006 auf einem Arbeitsplatz in Berlin 61 Stunden und in Brandenburg 81 Stunden länger gearbeitet. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost schlugen hierbei immer noch die höheren tariflichen geregelten Arbeitszeiten und eine geringere Teilzeitquote als in den alten Bundesländern zu Buche.

Große Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung

Die Wirtschaftsleistung, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und als Arbeitsproduktivität bezeichnet, ist in ihrer langfristigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg durch deutliche Unterschiede gekennzeichnet.

Im vergangenen Jahrzehnt (1991–2000) wurde in der Berliner Wirtschaft in den meisten Jahren, außer 1996, 1999 und 2000, ein Produktivitätsanstieg

Abb. 5 **Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991, 2000 und 2006**



verzeichnet. Er betrug preisbereinigt insgesamt 10,9 Prozent und lag damit nahe dem bundesweiten Trend (+13,5 Prozent). Brandenburg holte bei der Produktivität mit einem Anstieg um 47,5 Prozent in Übereinstimmung mit den neuen Ländern ohne Berlin (+47,1 Prozent) rasant auf. 2000 bis 2005 fiel die Berliner Produktivität allerdings durchgängig zurück (-3,5 Prozent) entgegen dem Trend in Deutschland (+4,1 Prozent). Brandenburg dagegen erzielte einen weiteren Produktivitätsfortschritt von 6,3 Prozent, blieb damit aber unter dem Durchschnittswert der neuen Länder ohne Berlin (+10,3 Prozent). 2006 fiel der Produktivitätszuwachs in Berlin von nur 0,3 Prozent und in Brandenburg von 1,3 Prozent wiederum unterdurchschnittlich aus. Während der Anstieg in den neuen Ländern ohne Berlin 2,5 Prozent ausmachte, lag er in den alten Ländern und in Deutschland gleichauf bei 1,9 Prozent (Abbildung 4).

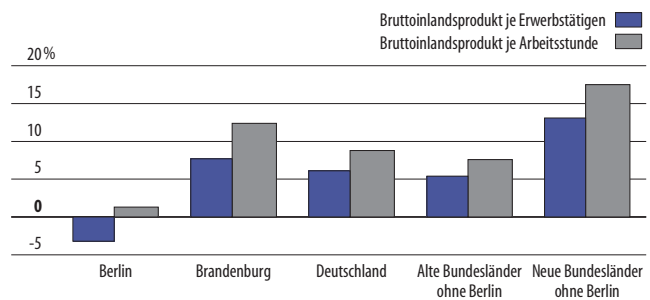
Im Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklung hat sich der Abstand der Produktivität zwischen Berlin und Brandenburg verringert. Betrug die Leistung eines Erwerbstätigen auf einem Arbeitsplatz in Brandenburg 1991 nur 43,4 Prozent der Leistung, die auf einem Arbeitsplatz in Berlin erbracht wurde, so waren es im Jahr 2000 bereits 85,0 Prozent und 2006 fast schon genau soviel (94,9 Prozent) (Abbildung 5).

Ergänzt man die Messung der Produktivität als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Pro-Kopf-Produktivität) durch die Messung als Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde (Stundenproduktivität), um den Einfluss des unterschiedlichen zeitlichen Einsatzes der erwerbstätigen Personen zu erfassen, so ergibt sich ein anderes Bild. Die Wirtschaftsleistung, bezogen auf die Arbeitszeit, entwickelte sich günstiger als die Pro-Kopf-Leistung, verursacht durch die bereits beschriebene Veränderung in den Beschäftigungsverhältnissen.

So entwickelte sich in Berlin im Zeitraum 2000 bis 2006 die Wirtschaftsleistung pro Kopf der eingesetzten Erwerbstätigen rückläufig (-3,2 Prozent), pro Stunde der verausgabten Arbeitszeit aber positiv (+1,3 Prozent). In Brandenburg war im gleichen Zeitraum das Wachstumstempo der Leistung pro Arbeitsstunde deutlich höher (+12,4 Prozent) als bei der Leistung pro Kopf (+7,7 Prozent) (Abbildung 6).

Auf einem Arbeitsplatz in Berlin wurde 2006 pro Stunde eine Arbeitsleistung im Wert von 34,35 EUR erbracht. Das sind 83,6 Prozent des Bundesdurchschnitts (41,09 EUR) und nur 79,4 Prozent der Leis-

Abb. 6 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je Arbeitsstunde in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern im Jahr 2006 gegenüber 2000**



tung eines Erwerbstätigen in den alten Bundesländern (ohne Berlin) (43,24 EUR).

Für einen Erwerbstätigen in Brandenburg errechnet sich eine Stundenleistung von 32,16 EUR und damit ein deutlicherer Abstand zu den alten Bundesländern (ohne Berlin) von rund einem Viertel. Im Vergleich zu den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lag die Stundenleistung Brandenburgs knapp (+1,0 Prozent) über dem Durchschnitt (31,45 EUR).

Damit war der Abstand Brandenburgs zu den Vergleichswerten Berlins mit 6,4 Prozent größer als bei der Pro-Kopf-Produktivität mit 5,1 Prozent.

Wirtschaftsstruktur zunehmend von Dienstleistungen bestimmt

Die wirtschaftliche Umgestaltung, hin zu innovativ orientierten und wettbewerbsfähigen produzierenden Unternehmen und eines wachsenden Angebotes an Dienstleistungen, führte langfristig zu einer immer größeren Dominanz dienstleistungsorientierter Wirtschaftsbereiche im Wertschöpfungsprozess. In Brandenburg vollzog sich diese Entwicklung schneller als in Berlin, da die Ausgangsbedingungen sehr verschieden waren. Berlin hat historisch über Bedingungen verfügt – Berlin-Ost als Hauptstadt der ehemaligen DDR sowie als Stadtstaat und spätere Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland –, die schon immer mehr Dienstleistungen als im Nachbarland Brandenburg erforderten.

In Berlin war von 1991 bis 2006 bei insgesamt kaum gestiegener Bruttowertschöpfung (+3,4 Prozent) das Produzierende Gewerbe preisbereinigt um 29,0 Prozent zurückgegangen, während die Dienstleistungsbereiche einen Zuwachs um 11,9 Prozent verbuchen konnten. Dadurch fiel der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Berliner Bruttowertschöpfung von 27,1 Prozent im Jahr 1991 auf 18,3 Prozent im Jahr 2006. Dagegen trugen nunmehr die Dienstleistungsbereiche zu fast 82 Prozent zur Berliner Wertschöpfung bei; 1991 waren es noch rund 73 Prozent.

In Brandenburgs Wirtschaft mit einem abweichend von Berlin stärkerem Gewicht der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, darunter auch des Bergbaus, nahmen Dienstleistungen nach der Wende im Zuge der wirtschaftlichen Neuorientierung eine besonders rasante Entwicklung. 2006 war die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen fast dreimal so hoch wie noch im Jahr 1991. Dagegen erhöhte sie sich im Produzierenden Ge-

werbe mit rund 80 Prozent vergleichsweise langsam. Im Ergebnis dieser ungleichen Entwicklung stieg der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Wertschöpfung im Land Brandenburg von 60,4 Prozent (1991) auf 72,2 Prozent (2006) und der Anteil des Produzierenden Gewerbes nahm von 35,6 Prozent (1991) auf 25,6 Prozent (2006) ab.

Im Prozess der wirtschaftlichen Umgestaltung sind im Zeitraum 1991 bis 2006 gesamtwirtschaftlich per Saldo in Berlin 104 800 Arbeitsplätze (-6,3 Prozent) und in Brandenburg 178 400 (-15,0 Prozent) verloren gegangen.

Das Produzierende Gewerbe beschäftigte 2006 in beiden Ländern nur noch rund die Hälfte der erwerbstätigen Personen, die es zu Beginn der neunziger Jahre gab. In Berlin schrumpfte die Erwerbstätigenzahl um 54,6 Prozent auf 214 400 Personen und in Brandenburg um 48,4 Prozent auf 226 200 Personen. Damit waren 2006 in Berlin noch 13,7 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe tätig, 1991 waren es noch 28,3 Prozent. In Brandenburg entfiel 1991 mehr als ein Drittel (36,7 Prozent) aller Erwerbstätigen auf das Produzierende Gewerbe, 2006 nicht mal mehr ein Viertel (22,3 Prozent). Insbesondere hat auch der brandenburgische Bergbau fast völlig an Bedeutung verloren. 1991 hatten hier immerhin noch 4 Prozent aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz. Nach Freisetzung von insgesamt rund 42 400 Beschäftigten liegt der Beschäftigtenanteil hier 2006 nur noch bei 0,5 Prozent.

Außer im Produzierenden Gewerbe wurden in der brandenburgischen Landwirtschaft langfristig 67 400 Erwerbstätige (-64,5 Prozent) frei gesetzt, so dass 2006 dieser Bereich nur noch 3,7 Prozent der Erwerbstätigen ausmachte (1991: 8,8 Prozent).

Die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen insgesamt expandierte von 1991 bis 2006 in beiden Ländern, obwohl auch einzelne Bereiche, wie z.B. Verkehr und öffentliche Verwaltung, in Berlin außerdem der Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe, in Brandenburg der Bereich Erziehung und Unterricht, ihr Personal reduzieren mussten. In Berlin stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen per Saldo um über 13 Prozent und in Brandenburg über 15 Prozent.

Mittlerweile gleiches Gewicht des Staates in Berlin und Brandenburg

Insbesondere auch der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung entwickelte sich in beiden Ländern unterschiedlich. Der Beitrag zur Wirtschaftsleistung fiel im Zeitraum 1991 bis 2000 in Brandenburg (+27,7 Prozent) im Zuge des Neuaufbaus der Verwaltung preisbereinigt relativ stärker als in Berlin (+8,0 Prozent) aus. Dies geht auf die unterschiedlichen Einflüsse aus dem Abbau zentralstaatlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR, der Umsetzung des Hauptstadtbeschlusses des deutschen Bundestages aus dem Jahr 1991 gegen Ende der neunziger Jahre durch Ansiedlung neuer Einrichtungen des Bundes, aber auch aus der Verlagerung von Behörden aus Berlin zurück. Die seit dem Jahr 2000 bis 2006 in beiden Ländern reduzierten preisbereinigten staatlichen Leistungen – um 9,3 Prozent in Berlin und 8,6 Prozent in Brandenburg – gingen

hauptsächlich auf die Politik der Sparmaßnahmen zurück. Im Vergleich zur Wirtschaftsleistung nahm von 1991 bis 2000 das Personal der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung in Berlin kaum zu (+0,9 Prozent) und sank in Brandenburg sogar (-2,6 Prozent). Anschließend waren bis 2006 beide Länder gleichermaßen vom starken Personalabbau betroffen (rund -9 Prozent). Insgesamt waren im Jahr 2006 in Berlin 13 500 Personen und in Brandenburg 12 600 Personen weniger als im Jahr 1991 beschäftigt.

Der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung machte 2006 in Berlin bei Wertschöpfung und Beschäftigung rund 12 Prozent aller Dienstleistungen aus, nur gering weniger als 1991 (13 bzw. 14 Prozent). Dagegen verringerte sich in Brandenburg der Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung etwas, von rund 16 bzw. 17 Prozent im Jahr 1991 auf rund 13 Prozent 2006.

Bestimmende Rolle der Dienstleistungen für die Beschäftigung

Durch die langfristige Expansion der Dienstleistungsbereiche insgesamt waren 2006 fast 86 Prozent aller Erwerbstätigen in Berlin und 74 Prozent in Brandenburg als Dienstleister tätig. 1991 hatte deren Anteil in Berlin noch bei 71 Prozent und in Brandenburg bei 54 Prozent gelegen. Jedoch konnte die Ausweitung der Arbeitsplätze in Dienstleistungseinrichtungen die drastischen Beschäftigungskürzungen im Produzierenden Gewerbe nicht auffangen.

Im Ergebnis des Strukturwandels bestimmen heute mehr denn je Dienstleistungen die Entwicklung der Berliner und Brandenburger Wirtschaft, wenn auch mit Unterschieden. Der größte Beitrag an Dienstleistungen wird in beiden Ländern im Bereich des Grundstückswesens, der Vermietung und Unternehmensdienstleistungen erbracht. Dieser liegt in Berlin noch deutlich höher als in Brandenburg. Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe, das Gastgewerbe sowie die öffentlichen und privaten Dienstleister ohne Verwaltung sind in der Berliner Wirtschaft ausgeprägter. Der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung hat ebenso wie der Handel in beiden Ländern ein ähnliches Gewicht. Dagegen verfügt Brandenburg über einen höheren Anteil des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Produzierendes Gewerbe mit Unterschieden in Struktur und Gewicht

Das auch heute noch gewichtigere Produzierende Gewerbe in Brandenburg im Vergleich zu Berlin betrifft hauptsächlich das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Der Beitrag des brandenburgischen Bergbaus zur gesamten Wirtschaftsleistung ist von rund 8 Prozent (1991) auf nur noch 0,8 Prozent (2006) gesunken.

Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe werden hauptsächlich chemische Erzeugnisse, Erzeugnisse des Verlags- und Druckgewerbes sowie Geräte der Elektrizitätserzeugung hergestellt. Die Wertschöpfung dieser Bereiche macht heute zusammen rund 42 Prozent des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt aus, ihr Beschäftigtenanteil liegt bei rund 39 Prozent.

Im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe dominieren der Sonstige Fahrzeugbau, die Metallherzeugung und -bearbeitung sowie Kokereien, die Mineralölverarbeitung und Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Bruttstoffen, die einen Anteil von rund 30 Prozent der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe auf sich vereinen. Neben der Herstellung von Metallzeugnissen sind es jedoch das Ernährungsgewerbe und der Maschinenbau, die mit rund 37 Prozent die meiste Beschäftigung bieten.

Das Baugeschehen in Berlin und Brandenburg leidet noch heute unter dem Abbau von Kapazitäten, die in der Euphorie der Nachwendzeit entstanden waren. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre fand mit Wertschöpfungszuwächsen in Berlin um fast 23 Prozent, in Brandenburg sogar um über 78 Prozent ein außergewöhnlicher Bauboom statt. Jedoch mussten seitdem Jahr für Jahr Einbußen hingenommen werden – von 1995 bis 2005 in Berlin und Brandenburg um je über 90 Prozent. Doch im Jahr 2006 profitierten die Baubetriebe in Brandenburg von der bundesweiten Erholung des Baugeschehens und konnten ihre Wirtschaftsleistung nach vielen Jahren wieder steigern (+ 3,0 Prozent) – ganz im Gegensatz zu Berlin (– 1,6 Prozent) (Tabelle).

Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel beeinflussten maßgeblich die wirtschaftliche Lage der Einwohner

Die Veränderungen in der Berliner und Brandenburger Wirtschaft betrafen die Bevölkerung der beiden Länder in unterschiedlichem Maße. Die Ausgangslage 1991 war dadurch charakterisiert, dass vom erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt Pro-Kopf der Bevölkerung in Berlin 18427 EUR, dagegen in Brandenburg nur 7660 EUR entfielen. Der niedrige Wert für Brandenburg überschritt damals sogar noch um

Tab. **Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg 2006 nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen		Erwerbstätige	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
	Anteil in %			
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 3,7
Produzierendes Gewerbe	+ 18,3	+ 25,6	+ 13,7	+ 22,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 12,1	+ 16,0	+ 8,3	+ 11,9
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,1	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,0
Baugewerbe	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,5	+ 8,9
Dienstleistungsbereiche	+ 81,6	+ 72,2	+ 86,0	+ 74,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr ..	+ 17,1	+ 19,0	+ 23,2	+ 24,9
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 9,4	+ 8,5	+ 11,8	+ 14,4
Gastgewerbe	+ 2,4	+ 1,5	+ 5,7	+ 4,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 5,4	+ 9,0	+ 5,6	+ 6,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	+ 33,8	+ 25,6	+ 22,4	+ 13,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe ..	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,9
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	+ 28,7	+ 23,1	+ 20,0	+ 11,9
Öffentliche und private Dienstleister ..	+ 30,6	+ 27,7	+ 40,3	+ 35,4
darunter Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ..	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,9	+ 9,6
Insgesamt	+ 100	+ 100	+ 100	+ 100

4,5 Prozent den Durchschnitt der neuen Bundesländer (ohne Berlin), aber erreichte nur 41,6 Prozent des Berliner Wertes. Dieser machte damals – gedrückt vom Ostteil der Stadt – aber auch nur 83,6 Prozent des Niveaus in den alten Bundesländern (ohne Berlin) aus.

2006 zeigte sich vor allem in Brandenburg eine wesentlich bessere Lage. Das Bruttoinlandsprodukt ist hier mit 43,8 Prozent von 1991 bis 2006 viel schneller als in Berlin gestiegen und verteilte sich auf eine kaum verringerte Bevölkerungszahl (-0,4 Prozent). In Berlin dagegen war die Bevölkerungszahl bei kaum gesteigener Wirtschaftsleistung (+1,7 Prozent) um 1,1 Prozent zurückgegangen. Der ProKopf-Wert erhöhte sich somit von 1991 bis 2006 in Berlin real um 2,8 Prozent, in Brandenburg um 44,8 Prozent. 2006 kam auf einen Berliner Einwohner ein Bruttoinlandsprodukt

Abb. 7 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2006**

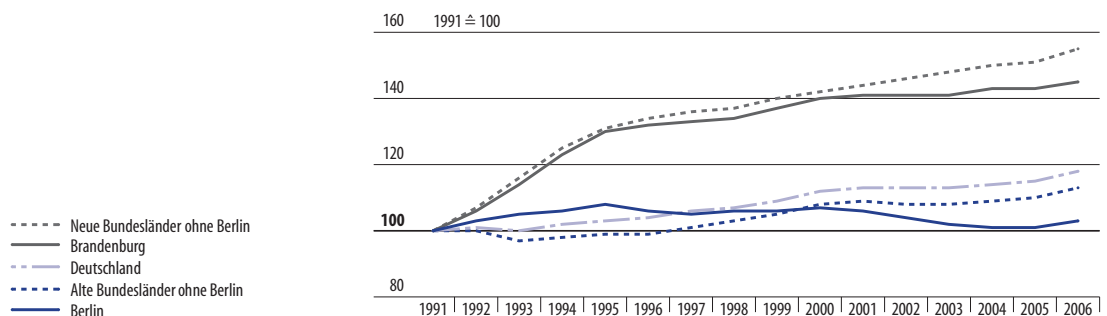


Abb. 8 Preisbereinigte private Konsumausgaben je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2004

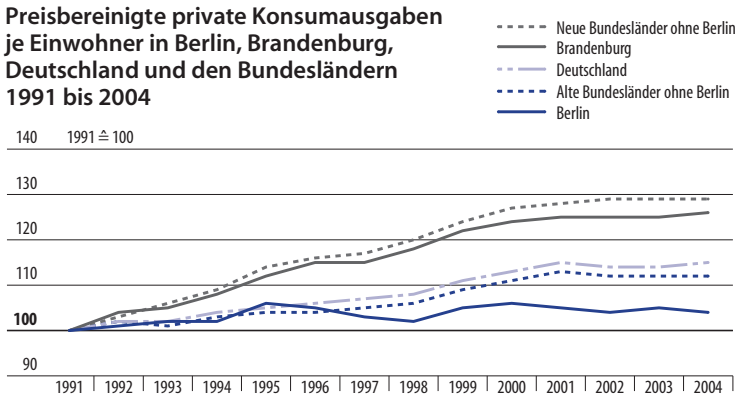


Abb. 9 Konsumquote¹ des Staates in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004

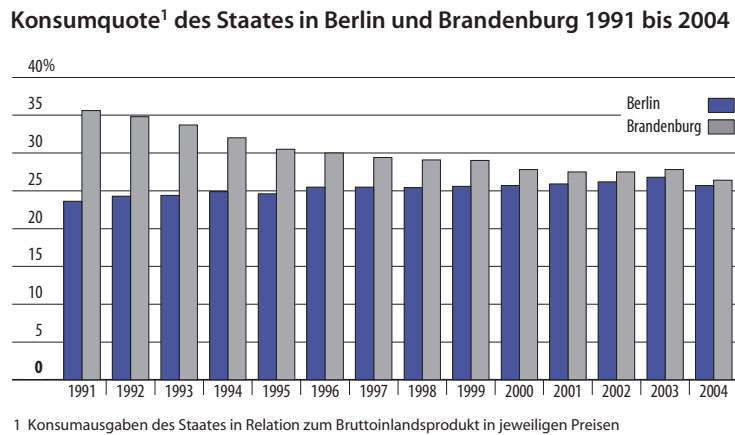


Abb. 10 Investitionsquote¹ in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004

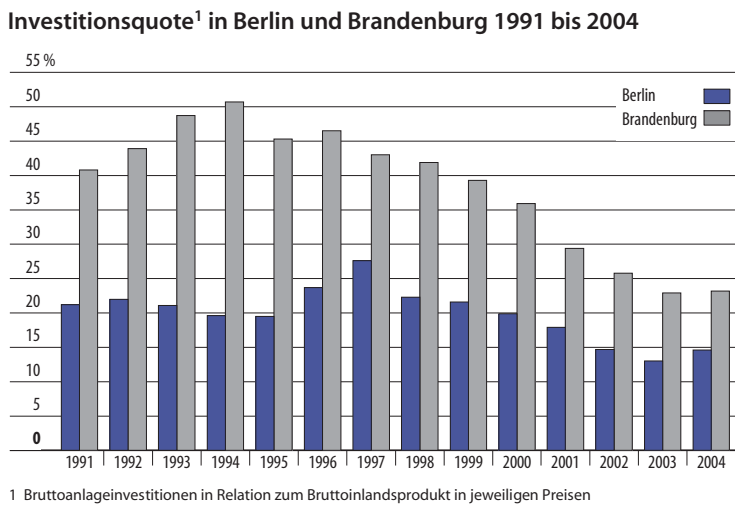
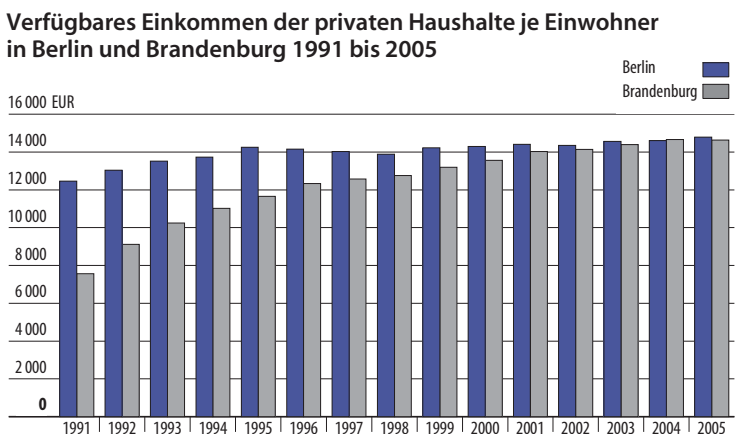


Abb. 11 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2005



von 23 715 EUR und auf einen brandenburgischen Einwohner 19 386 EUR, was nunmehr 81,7 Prozent des Berliner Wertes ausmachte. Dieser verschlechterte sich allerdings in der Relation zu den alten Bundesländern (ohne Berlin) auf 79,5 Prozent (Abbildung 7).

Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts klaffen in Brandenburg auseinander

Das in Berlin und Brandenburg erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt wurde im Inland zum größten Teil für Konsumausgaben der privaten Haushalte, des Weiteren für Konsumausgaben des Staates sowie zu investiven Zwecken verwendet. In Brandenburg übertraf die inländische Verwendung langfristig Jahr für Jahr die hier entstandene Wirtschaftsleistung, jedoch in abnehmenden Umfang. 1991 wurden im Vergleich zum erzielten Bruttoinlandsprodukt über zwei Drittel mehr verwendet, 2004 war es nur noch ein Fünftel. Dagegen war in Berlin die inländische Verwendung vergleichsweise nur in geringem Umfang höher als die Wirtschaftsleistung bzw. lag darunter wie in den Jahren 2002/2003.

Ausdruck dieser unterschiedlichen Verhältnisse in beiden Ländern sind die voneinander abweichenden Verwendungsstrukturen.

Private Konsumausgaben machten 1991 in Brandenburg 91,1 Prozent in Relation des Bruttoinlandsprodukts aus. Zuletzt im Jahr 2004 war dieser Anteil auf 70,9 Prozent gesunken. Die wesentlich niedrigere Konsumquote in Berlin verringerte sich im gleichen Zeitraum kaum (1991: 60,3 Prozent; 2004: 58,2 Prozent).

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass Brandenburg, ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau trotz der höheren Dynamik wirtschaftlicher Veränderungen, sich immer noch in großem Abstand zu Berlin und den alten Bundesländern befindet.

Für private konsumtive Zwecke konnten brandenburgische Einwohner 1991 im Durchschnitt pro Jahr nur 6 975 EUR ausgeben, was rund 63 Prozent dessen entspricht, was ein Berliner Einwohner ausgab (11 108 EUR). Auch dessen Konsum lag damals 8 Prozent unter den Ausgaben eines Einwohners der alten Bundesländer (ohne Berlin). Durch die schnellere Erhöhung der Pro-Kopf-Ausgaben der brandenburgischen Haushalte von 1991 bis 2004 (preisbereinigt um rund 25 Prozent gegenüber der Zunahme in Berlin um rund 4 Prozent) war das Niveau der Konsumausgaben je Einwohner in Berlin (13 659 EUR) und im Land Brandenburg (13 388 EUR) weitgehend angeglichen. Die Schere zum Niveau in den alten Bundesländern (ohne

Abb. 12 **Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Berlin, Brandenburg, Deutschland und den Bundesländern 1991 bis 2005**

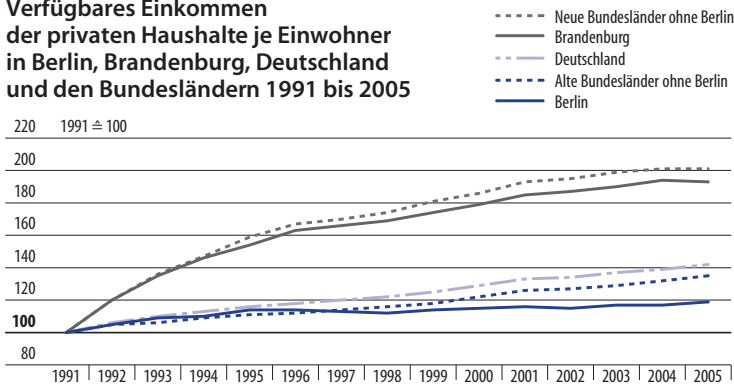
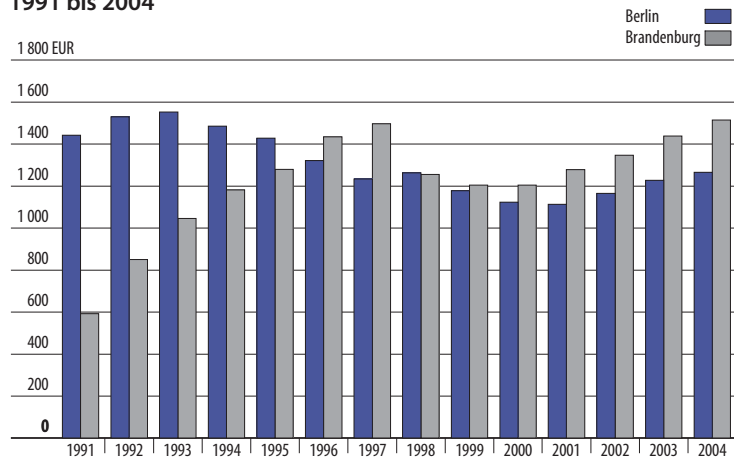


Abb. 13 **Sparen je Einwohner in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2004**



Berlin) hatte sich bis 2004 mit rund einem Fünftel für Berlin vergrößert und für Brandenburg verringert. Das lag vor allem an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, die im Durchschnitt für einen Arbeitnehmer in Brandenburg im vergleichbaren Zeitraum um die Hälfte, dagegen in Berlin nur um knapp ein Fünftel zulegten (Abbildung 8).

Für Konsumausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) wurde 2004 vom Bruttoinlandsprodukt in Berlin rund ein Viertel verwendet, wenig mehr als 1991. In dieser kaum veränderten Staatsquote bündeln sich unterschiedliche Entwicklungsfaktoren des Staatssektors in Berlin. Die restriktive Haushaltspolitik des Landes Berlin wurde überlagert von konsumtiven Ausgabenerweiterungen bei kaum gestiegenem Bruttoinlandsprodukt, auch als Folge verringerteter Staatsnachfrage. Anders verlief die Entwicklung in Brandenburg, wo die anfänglich hohe Staatsquote von über einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts zu Beginn der neunziger Jahre auf rund 26 Prozent im Jahr 2004 sank (Abbildung 9).

Für konsumtive Zwecke gab der Staat in Berlin 2004 pro Kopf der Bevölkerung gerechnet 5951 EUR aus; 36,9 Prozent mehr als 1991. In Brandenburg stieg dieser Betrag im gleichen Zeitraum um 82,1 Prozent auf 4965 EUR. Das sind 83,4 Prozent dessen, was in Berlin ausgegeben wurde. Während die Berliner Ausgaben damit um 18,3 Prozent den bundesweiten Durchschnitt weit übertrafen, lagen die Ausgaben im Land Brandenburg nahe bei (98,7 Prozent).

Die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts für investive Zwecke liegt heute in beiden Ländern mit fast 12 Milliarden EUR etwa gleichauf. Zu diesem Ergebnis führten jedoch große Unterschiede in der Investitionstätigkeit. Während langfristig das Investitionsvolumen in Berlin von 1991 bis 2003 um rund 21 Prozent abnahm, legte es in Brandenburg um etwa 17 Prozent zu. Allerdings war in beiden Ländern 2004 erstmals wieder ein regelrechter Investitionsschub zu verzeichnen, nachdem die Investitionen schon seit 1997/1998 Jahr für Jahr heruntergefahren wurden.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt wurde in beiden Ländern jeweils ein unterschiedlicher Anteil für Investitionen verausgabt. Die Investitionsquote im Land Brandenburg, das Investitionsvolumen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, übertraf deutlich die Berliner Investitionsquote. In Brandenburg betrug sie 23,2 Prozent im Jahr 2004 (1991: 40,8 Prozent) und in Berlin 14,6 Prozent (1991: 21,2 Prozent).

In Deutschland lag die Investitionsquote im Jahr 2004 bei 17,4 Prozent (1991: 23,2 Prozent) (Abbildung 10).

Brandenburgische Einwohner in der Einkommensentwicklung besser gestellt

Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg bestehen nicht nur bei Entwicklung und Struktur der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch bei den Einkommen.

Während das Arbeitnehmerentgelt in Berlin 2006 pro Kopf um 28,5 Prozent höher lag als das im Jahr 1991 geleistete, konnte es in Brandenburg mehr als verdoppelt werden. Die Unterschiede im Entgelt an einem Arbeitsplatz in Berlin und Brandenburg wurden dadurch zwar verringert, sind aber auch heute noch erheblich. Der Pro-Kopf-Wert beträgt in Berlin 32 586 EUR und in Brandenburg 27 129 EUR, also 16,7 Prozent weniger. Im Jahr 1991 war die Schere mit 42 Prozent noch deutlich größer.

Ein noch günstigeres Bild zeigt sich für Brandenburg nach Berücksichtigung der Entgelte der pendelnden Arbeitnehmer und aller Verteilungs- und Umverteilungsgrößen, wie hauptsächlich Sozialbeiträge und Steuern sowie Sozialleistungen bei den Einkommen, die den privaten Haushalten in Berlin und Brandenburg letztendlich zugeflossen sind und für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung stehen. Die Einkommensunterschiede sind weitgehend verschwunden. Ein Einwohner in Brandenburg hatte im Jahr 2006 mit 14 634 EUR kaum weniger als ein Berliner (14 797 EUR) zur Verfügung. Im Jahr zuvor war es sogar etwas mehr gewesen (Abbildung 11).

Während sich das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Brandenburg von 1991 bis 2005 nahezu verdoppelte, stieg es in Berlin nur um knapp ein Sechstel und lag damit weit unter der erreichten Erhöhung in Deutschland (+ 32,2 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (+ 28,4 Prozent). Dabei wirkte die leicht schrumpfende Bevölkerungszahl in Berlin (- 1,4 Prozent) bei fast unveränderter Zahl in Brandenburg für die Angleichung der brandenburgischen Einkommen noch erschwerend. Umgekehrt war es in den neuen Bundesländern (ohne Berlin), wo die Zahl der Einwohner von 1991 bis 2005 um 8,5 Prozent abnahm, in den alten Bundesländern (ohne Berlin) dagegen um 6,1 Prozent zunahm (Abbildung 12).

In Abhängigkeit von der Einkommensentwicklung der Berliner und brandenburgischen Haushalte war auch deren Verwendung für Konsum und Sparen unterschiedlich. Nach Abzug der Ausgaben für den Konsum verblieb der brandenburgischen Bevölkerung zum Sparen seit 1995 ein zunehmend größerer Teil als den Berlinern. Die Sparquote – die Relation des Sparvolumens erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche zum verfügbaren Einkommen – stieg in Brandenburg von 7,8 Prozent im Jahr 1991 auf 10,2 Prozent 2004, dagegen verringerte sie sich in Berlin im gleichen Zeitraum von 11,5 Prozent auf 8,5 Prozent. Konnten die Berliner im Ausgangsjahr 1991 noch 1 442 EUR auf die hohe Kante legen, waren es 2004 nur noch 1 265 EUR. Dagegen sparte im Durchschnitt ein brandenburgischer Einwohner 2004 etwa das 2,5-fache (1 515 EUR) des Betrages von 1991 (593 EUR) und damit mehr als ein Berliner (Abbildung 13).

Zusammenfassung

Berlin und Brandenburg erlebten nach dem ersten gemeinsamen Wirtschaftsjahr 1991 im vereinten Deutschland zunächst einen rasanten Aufstieg, nachdem mit der Grenzöffnung 1989 die Wirtschaft in der DDR zusammengebrochen war. Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg waren aber unterschiedlichen historisch geprägten Bedingungen und Voraussetzungen ausgesetzt. Berlin – überwiegend geprägt vom ehemaligen Berlin-West – profitierte anfänglich vom neuen Nachfrageboom aus dem wirtschaftlich deutlich schwächeren Berlin-Ost sowie dem ostdeutschen Umland. In Brandenburg erreichte das Wirtschaftswachstum, ausgehend von einem wesentlich niedrigeren Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ein noch größeres Ausmaß als in Berlin. Mit dem Abklingen wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen und durch konjunkturelle Schwächephasen im längerfristigen Struktur-

wandel flachte der Aufholprozess in Brandenburg zwar stark ab, führte aber nicht, wie in Berlin, zu anhaltenden Rückgängen. Im Jahr 2006 erreichten schließlich beide Länder wieder einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung, aber unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet liegend.

Strukturwandel in der Berliner und brandenburgischen Wirtschaft bedeutet einen massiven Ab- und Umbau traditionell gewachsener Strukturen hin zu innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftseinheiten des produzierenden Gewerbes sowie moderner Dienstleistungen. Für Berlin bedeutete dies vor allem die Abkehr westdeutscher Unternehmen mit kapitalintensiver Produktion in Berlin und die Orientierung auf wissenschafts- und technologieintensive Bereiche. Für Brandenburg ging damit vor allem auch der Bedeutungsverlust des Bergbaus einher.

Die Neugestaltung der Wirtschaft hatte große Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt in beiden Ländern. Die massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften im produzierenden Gewerbe führte zwar auch zur Abwanderung in Dienstleistungsbereiche, belastete aber in starkem Maße den Arbeitsmarkt. Langfristig konnten die Dienstleistungsbereiche als Wachstumsträger der Beschäftigung den Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe nicht kompensieren. Im Jahr 2006 allerdings löste der konjunkturelle Aufschwung, unterstützt von staatlichen Fördermaßnahmen, einen Anstieg der Erwerbstätigkeit aus, wobei die Zunahme in den Dienstleistungsbereichen die Abnahme im produzierenden Gewerbe bei weitem übertraf.

Unter dem Einfluss wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vollzog sich im Prozess der wirtschaftlichen Neugestaltung auch ein Wandel der Beschäftigungsverhältnisse von traditionell sozialversicherter Beschäftigung in Vollzeit hin zu mehr Teilzeit-, selbstständiger sowie geringfügiger und staatlich geförderter Beschäftigung.

Die Wirtschaftsentwicklung in Berlin und Brandenburg wirkte sich unterschiedlich auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung aus. Im Vergleich zu Berlin war das Ausgangsniveau der Verdienste und Einkommen und folglich der Ausgaben für konsumtive und investive Zwecke der brandenburgischen Bevölkerung nach der Wende sehr niedrig, stieg aber wesentlich stärker als das der Berliner, bedingt auch durch einen hohen Einkommensüberschuss der Berufspendler nach Berlin. Dadurch fand eine starke Annäherung an das Niveau der Berliner statt. Die Berliner allerdings wurden infolge der deutlich schwächeren Entwicklung schlechter gestellt als im Durchschnitt Deutschlands und den alten Bundesländern.